



Milaabader Tagblatt
Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausser Sonn- u. Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.60 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Ausland 1.75 RM. — Einzelnummern 10 Pf.
Kontingente Nr. 33 bei der Oberamts-Poststelle Wildbad. — Druckerei: Enzthal-Druckerei & Co., Wildbad.
Anzeigenpreis: Die ersteilige Zeile oder deren Raum im Beleg 10 Pf., nachher 5 Pf., nachher 3 Pf. — Anzeigenpreis 20 Pf.
Abend- und Nachtzeitung: 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf.
Anzeigenpreis: Die ersteilige Zeile oder deren Raum im Beleg 10 Pf., nachher 5 Pf., nachher 3 Pf. — Anzeigenpreis 20 Pf.
Abend- und Nachtzeitung: 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf.

Nummer 285

Februar 179

Mittwoch, den 4. Dezember 1929

Februar 179

64. Jahrgang.

Neuordnung

Die bedeutsame Rundgebung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit ihrer ersten Warnung und der Aufforderung in letzter Stunde zu einer völligen Umkehr in der amtlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik macht überall einen tiefen Eindruck. „Wenn es so weitergeht, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt.“ Das ist kein Angstschrei von Schwarzsehern und Störenfriedern, sondern das ehrliche Befahrungssignal der bedeutendsten und erprobtesten Männer des deutschen Wirtschaftslebens. Das Wort des Vorsitzenden des Reichsverbandes, Geheimrat Duisberg, in der Sitzung vom 2. Dezember: „Die Privatwirtschaft ist nicht gesonnen, auf die Dauer ihren eigenen Henker zu bezahlen. Unter dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ ist die wirtschaftliche Führung zerfasert und in ihrer Entschlußkraft gehemmt worden“ — dieses Wort ist sehr ernst zu nehmen, um so mehr als fast gleichzeitig die Vertreter des Handelsstags sich in einer Unterredung mit dem neuen Reichswirtschaftsminister Woidenbauer ungefähr in ähnlicher Weise Klage geführt haben.

Reformen müssen kommen Auf allen möglichen Gebieten drängt sich ihre Notwendigkeit jedem Einsichtigen auf. So ist die Abänderung des Wahlrechts schon längst als Bedürfnis anerkannt. Die Abgeordneten müssen wieder in unmittelbare Fühlung mit ihren Wählern kommen. Mit Nachdruck ist ferner die Verbesserung des Regierungssystems anzustreben. Nach der Weimarer Verfassung soll der Reichstanzler durch den Reichspräsidenten berufen werden und der Reichstanzler hat die Richtlinien der Politik zu bestimmen und seine Kabinettsmitglieder selbst vorzuschlagen, die dann der Reichspräsident ernannt oder ablehnt. Aber grundlegende Verfassungsbestimmungen sind von der Reichstagsfraktion nie beachtet worden, daher bei jeder Veränderung im Kabinett der Wochen- und Monate dauernde Schacher unter den Fraktionen. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Stetigkeit der Regierungsarbeit zu verbürgen und die Häufung von Regierungskrisen zu verhindern. Unerlässlich ist auch die Befreiung des Beamtenstandes, besonders des Richterstandes von parteipolitischen Einflüssen. Bei der Befreiung der Ämter darf nur nach der fachlichen Befähigung und Eignung, keinesfalls aber nach Parteimitgliedschaft entschieden werden und der Beamte soll seinen Aufstieg nur der eigenen Tüchtigkeit verdanken, keiner Protektion und niemals der Korruption. So will es die Verfassung.

Ebenso wichtig wie die politische, aber im Augenblick noch dringlicher, ist die wirtschaftliche Sicherung des staatlichen Lebens. Als das Gebot der Stunde erscheint darum die Neuordnung der öffentlichen Finanzen. Sie hat nicht fiskalische, sondern gesamt-wirtschaftliche Zwecke zu dienen, sie hat die Bedürfnisse der öffentlichen Wirtschaft, der Leistungsfähigkeit der allgemeinen Wirtschaft anzupassen und dem Steuerzahler zum Bewußtsein zu bringen, daß die Höhe seines Einkommens von der Sparsamkeit der öffentlichen Wirtschaft abhängt. Wenn man bedenkt, daß die öffentlichen Ausgaben in Deutschland (ohne Sozialausgaben) von nicht ganz acht Milliarden vor dem Krieg auf 19,9 Milliarden Mark gestiegen sind, dann kann es nicht zweifelhaft sein, wo der Reformwille zuerst einzusetzen hat. Für die Zukunft sind der Bewilligungslust des Parlaments haushaltrechtliche Schranken zu setzen, zur Zeit aber kann, wenn schon die Kraft des Finanzministers nicht ausreicht, nur noch ein wirklicher Spardiktator helfen, der mit genügenden Vollmachten versehen ist, und rücksichtslos seines Amtes waldet.

Auch die Aufgaben der Verwaltungsreform müssen unter diesen Gesichtspunkten betrachtet und gelöst werden. In einem verarmten Volk wie dem deutschen, das so ungeheure Lasten zu tragen hat und Millionen darben lassen muß, wird aller Luxus zu Unsittlichkeit, sowohl der bürokratischen wie der gesellschaftlichen und der persönlichen. Jeder Deutsche hat sich dem Zwang der allgemeinen Notlage zu fügen und sein Leben danach einzurichten. Wir müssen uns freimachen von dem Taumel, in dem wir dahinleben, von der Genußsucht, in der unsere Geistigkeit zu versinken droht. Und es darf keine Barmherzigkeit und Sklarek-Standale mehr geben, sie erschüttern das Vertrauen des Volkes zu seinen sozialen und politischen Einrichtungen und schließlich auch zu seiner nationalen Kraft. Wir müssen wieder einfache und saubere Menschen werden.

Tagespiegel

Der Völkerbundrat soll am 13. oder 20. Januar in Genf zusammentreten.

Das belgische Kabinett ist wiederum von Jaspar gebildet worden.

Der Sejmarschall hat die nächste Sitzung des polnischen Landtags für den 5. Dezember anberaumt, da am 4. Dezember die einmonatige Verlaufsfrist abläuft. Der Regierungsblock wird einen Mißtrauensantrag gegen Sejmarschall Dajonski einbringen, weil dieser am 31. Oktober gelegentlich des Eindringens polnischer Offiziere in die Sejmvorhalle die Sitzung des Sejms nicht eröffnete habe.

Der Kongreß — Senat und Abgeordnetenhaus — in Washington wurde am 3. Dezember eröffnet.

Auf dem Allindischen Gewerkschaftskongreß in Nagpur trat eine scharfe Spaltung ein zwischen den von Moskau beeinflussten kommunistischen Radikalen und den nationalindischen gemäßigten Gewerkschaftsvertretern.

Bessere deutsch-litauische Beziehungen?

Die Beziehungen Deutschlands zu Litauen wurden bisher durch das unverantwortliche Vorgehen Litauens gegen die deutschen Beamten in dem uns entzogenen Memelgebiet getrübt. Nun sind in dieser Woche die Verhandlungen über die Auszahlung der Gehälter an die deutschen Beamten u. a. wieder aufgenommen worden. Aus diesem Anlaß schreibt das Regierungsblatt „Lituvos Aidai“: „Litauen verdankt seine Freiheit Marschall Hindenburgs Siegeszug im Osten und deutscher Finanzhilfe. Deutschlands schwierige Lage in der Nachkriegszeit und Litauens Vererbung durch Polen schufen eine gewisse Schicksalsgemeinschaft. Die gute Entwicklung der Beziehungen wurde durch den Übergang des Memelgebiets an Litauen gestört. Deutschland hat die Hoffnung darauf, daß es die abgetretenen Gebiete wieder erhalten werde, nicht aufgegeben. Litauen fordert günstige Bedingungen für den nationalen und kulturellen Fortschritt des litauischen Elements. Unzulässig ist aber eine „Tyrannisierung der Memeler Litauer“ durch in Folge von Versprechungen der Reichsregierung im Memelgebiet verbliebene Berliner Beamte.“

Das klingt, abgesehen von dem letzten Satz, für dessen Wahrheit das Regierungsblatt den Beweis nicht wird führen können, ganz anders als früher. Man kann diesen Wandel zu einer besseren Erkenntnis nur begrüßen, nur darf man nach allem, was man bisher beobachten mußte, fürs erste wohl noch daran zweifeln, ob diese Einsicht von einer „gewissen Schicksalsgemeinschaft“ auch lange vorhalten wird. Zu dieser Erkenntnis hätte Litauen schon lange kommen müssen, dann wären mancherlei Gegenstände nicht entstanden. Die neue Regierung empfindet offenbar die vollkommene Vereinzelung Litauens und sucht nun ein besseres Verhältnis wenigstens zu Deutschland anzubahnen. Da die Gegenstände hauptsächlich aus Fragen des Memelgebiets erwachsen sind, kann deren Beseitigung nur dadurch erfolgen, daß Kowno von der Willkürherrschaft im Memelgebiet abläßt und einen Zustand herstellt, der dem Memelstatut und dem Memelabkommen entspricht, dann werden die deutschen Memelländer es gegenüber Litauen an sich nicht fehlen lassen.

England war der Hauptkriegstreiber

Soeben sind die diplomatischen Akten des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren über die Vorkriegsgeschichte veröffentlicht worden. Aus diesen Aktenstücken geht, fast noch mehr als aus den seinerzeit bekanntgegebenen russischen Aktenstücken, mit Klarheit hervor, welche verderbliche Rolle der gewissenlose Intronant Iswolski (erst russischer Außenminister, dann Botschafter in Paris) in der Vorkriegszeit gespielt hat, und daß er, um den Ausbruch des Kriegs herbeizuführen, oft gegen die Befehle der Erstminister Stolypin und Sazonow gehandelt hat. Bei seinen Untrieben erfuhr er die Unterstützung, wenn nicht Anregung des englischen Gesandten in Petersburg, Arthur Nicolson. Von besonderem Interesse ist aber, aus den Wiener Aktenstücken zu erfahren oder bestätigt zu sehen, daß hinter allen Kriegstreiberien König Eduard VII. von England und seine Partei (die Liberalen) standen. Eduard VII. trieb es schließlich so stark, daß es sogar dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zu viel wurde. So heißt es in einem Schriftstück vom 15. Dezember 1908:

„Ich erfahre von vertrauenswürdiger Seite als Keuherung eines eben in Wien weilenden intimen Freundes des Herrn

Clemenceau, daß König Eduard in den verflochtenen zwei Monaten alles aufgeboten habe, um Clemenceau dazu zu bewegen, der englisch-französischen Entente eine eagreiffende Spitze gegen Deutschland zu geben. Clemenceau sei hierüber sehr erbittert und habe erklärt, daß er auf diesem Weg der englischen Politik nicht folgen könne und über Mittel nachsinnen müsse, die geeignet erschienen, die englisch-französische Entente der kriegerischen Tendenz zu entleeren, die ihr König Eduard so gern geben möchte. Clemenceau soll sogar die Eventualität einer vollständigen Loslösung von England für den Fall in Aussicht genommen haben, daß König Eduard fortfahre, die französische Mithilfe zur Befriedigung seiner kriegerischen Absichten gegen Deutschland auszuheben zu wollen.“

Die englische Vorkriegspolitik wird mit jeder Äußerung immer stärker belastet. Die Freunde und Verteidiger des angeblich „friedliebenden“ liberalen Erstministers Grey werden immer mehr Mühe haben, seine Politik zu rechtfertigen.

Hunderte von Urkunden des Wiener Archivs bestätigen ferner die Wühlereien in Belgrad, die am 28. Juni 1914 zur Ermordung des Erzherzogs Ferdinand in Serajewo durch Mitglieder der Narodna Odbrana führten. Der Hauptmacher in diesen Wühlereien war der russische Botschafter Iswolski in Paris. Aus den Akten wird ferner das berüchtigte Wort vom „armen, kleinen und unschuldigen Serbien“ im österreichischen Friedensvertrag als eine gemeine Fälschung bezeugt, die ihresgleichen nur noch in dem verbrecherischen Völkervertrag des Versailler Vertrags von der „Kriegsschuld Deutschlands“ findet.

Der Sklarek-Standal

Vor dem Untersuchungsamt des preussischen Landtags belundete der langjährige Leiter der städtischen Anstaltsgesellschaft und spätere Direktor der Sklarek'schen Kleiderertriebsgesellschaft, Nowarra: In einem Büro des Berliner Rathauses hing ein Plakat: „Wer siegt, fliegt!“ Die Wahrheit dieses Satzes habe ich in meinem Kampf gegen zahlreiche korrumpierte höhere Magistratsbeamte erfahren. Ich habe in diesem Kampf gesiegt — und bin „geflogen“. So habe ich dem damaligen Stadtkämmerer, heute Oberbürgermeister Böß, aus städtischen Beständen etwa tausend Meter Wolle gestoff für eine Mark überlassen müssen, der regulär fünf Mark das Meter kostete, weil Böß erklärte, daß „sein Vermögen für diesen Preis zu gering“ sei. Böß sagte: „Schaffen Sie mir 60 Meter zu 1 Mark“, und ich schaffte sie ihm. (Lebhaftes hört, hört.) Die Sklareks konnten mit Schallbäl, Gabel und ihren anderen Anhängern Fangball spielen. Die Stadträtin Wenzl hat zwar bestritten, daß sie eine Pelzjacke aus städtischen Beständen bekommen hat. Das ist richtig. Sie hat keine Pelzjacke bekommen, wohl aber Pelzfelle, um ihren Stojmantel zu besetzen. Diese Pelzfelle sind nicht bezahlt worden. Nowarra machte ferner aufsehenerregende Angaben über Betrügereien, die gemeinsam zwischen der Reichsbekleidungsstelle und den einschlägigen städtischen Anstalten verübt worden sind.

Der „Gabelstich“ des Sklarek-Untersuchungsrichters. Das Arbeitszimmer des Berliner Untersuchungsrichters Dr. Rosemann gleicht seit einigen Wochen einem Ausstellungsraum, in dem sich viele wertvolle Gegenstände, Geschenke der Gebrüder Sklarek an ihre „Freunde“, stapeln. Außer den Lebertoffern des Stadtrats Gabel, Bronzen, einem Silberkasten usw. sieht man in den letzten Tagen zwei silberne Leuchter von besonders schöner Arbeit, die aus dem Besitz des Bürgermeisters Schneider stammen.

In der Untersuchung wurde festgestellt, daß die Sklareks schon am 31. Dezember 1926 um eine Million, am 31. Dezember 1927 um 5,3 Millionen überschuldet waren. Beim Zusammenbruch liefen gefälschte Rechnungen für nichtgelieferte Waren in Höhe von 18 720 000 M. um.

Neue Nachrichten

Die deutschstämmigen Flüchtlinge aus Rußland

Berlin, 3. Dez. Nach halbamtlicher Mitteilung sind im ganzen jetzt in Deutschland 1381 deutschstämmige russische Kolonisten, davon 323 in Hamburg, die andern teils noch in Endkabinen (Ostpr.), teils schon in Hammerstein. Das Lager in Hammerstein wird für alle Transporte nicht ausreichen, da insgesamt etwa 6000 Personen zu erwarten sind. Man wird gezwungen sein, dann nach Berlin und Breslau (Reg.-Bez. Potsdam) hinzuzunehmen. Die Verbände des Roten Kreuzes in Lettland und Litauen haben in entgegenkommendster Weise ihre Hilfe angeboten und Hilfe geleistet.

Bekleidungshaus Chr. Schmid & Sohn

König-Karlstraße 19, bei der Bergbahn

Das Haus der guten Qualitäten und konkurrenzlos billigen Preise für fertige Herren-, Jünglings- und Knabenkleidung — Herrenstoffe — Wintersportbekleidung und Ausrüstungen





und Kupp waren etwas angeheitert und verjagten, das Schloß zu öffnen, wobei der im Schloß wohnende Förster Müller erwachte. Müller forderte die jungen Leute auf, sich zu entfernen. Schupp sprang fort und als er etwa 40 Meter weit entfernt war, krachte ein Schuß. Förster Müller wurde aus der Haft entlassen.

**Weinsberg** O. A. Heilbronn, 3. Dez. In der Kirche verunglückt. Am Samstag abend verunglückte der 25 Jahre alte Arbeiter Fr. Barwind beim Anbringen eines Adventskranzes in der Kirche dadurch, daß er von der Leiter auf die Kirchenbänke stürzte, wobei er neben sonstigen Verletzungen ein Bein brach. Ärztliche Hilfe war alsbald zur Stelle.

**Neuhingen** O. A. Urach, 3. Dez. Autounfall. Ein hiesiges Auto fuhr abends auf der Straße Neuhingen-Niederid, in das Fuhrwerk des Fuhrmanns Schairer-Mittelsdorf. Das Auto, das dem Vernehmen nach in unvorschriftsmäßiger Weise und in ziemlich raschem Tempo das Fuhrwerk überholte, kam ins Schleudern und fuhr in voller Fahrt in die Pferde. Eines erlitt oerartige Verletzungen, daß es wohl notgeschlachtet werden muß.

**Lüdingen**, 3. Dez. Von der Universität. Dem Professor Dr. Georg Wagner an der Wilhelmschule in Stuttgart ist die Lehrberechtigung für Geologie, insbesondere für Morphologie und Morphogenie an der naturwissenschaftlichen Fakultät erteilt worden.

**Neuenbürg**, 3. Dez. Unfall durch Starkstrom. Der Bauhilfsarbeiter Janda war an der zu erstellenden Starkstromleitung beim Geigerischen Anwesen neben der Bahnhofstraße beschäftigt. Trotz wiederholter Warnung und Verbots der Bauleitung, die Leitung nicht zu berühren, griff er darnach und konnte sich auch schon nicht mehr loslassen; erst den Bemühungen eines Mitarbeiters gelang es, ihn frei zu bekommen. Er erlitt Brandwunden an der linken Hand und an der Ferse des linken Fußes, glücklicherweise leichterer Natur.

**Fleringen** O. A. Balingen, 3. Dez. Ein Jagdhund im Fuchsbau eingesperrt. Der Hund eines hiesigen Jägers hatte einen Fuchs in seine Höhle verlockt und konnte, da der Gang zu eng war, nicht mehr zurückkehren. Nach zweitägiger mühevoller Arbeit ist es nun gelungen, die Fuchshöhle, die sich in einem Felsen befand, durch Sprengungen und Grabungen weiter zu machen, so daß der Hund nach viertägiger Gefangenschaft im Fuchsbau lebend geboren werden konnte.

**Göppingen**, 3. Dez. Tödlicher Unfall. Durch elektrischen Strom getötet wurde ein 31 Jahre alter, hier verheirateter Former namens Reil beim Anbringen einer elektrischen Lichtstromleitung, an der Einzelteile vorschriftswidrig konstruiert waren.

**Eybach** O. A. Geislingen, 3. Dez. Neue Treppe im Feliental. In dem vielbegangenen Feliental ist nunmehr die neue Treppe, die den Auf- und Abstieg an der gangbaren Stelle vermittelt, fertiggestellt und wird nächsten Sonntag von den Bestellern übernommen. Damit ist die bei der alten, morschen Treppe bestehende Gefahr beseitigt.

**Neu-Ullingenstein** O. A. Blaubeuren, 3. Dezember. Vom Motorrad überfahren. Der Lehrer aus Diezingen fuhr Sonntag nacht mit seinem Motorrad, von Ulm kommend, auf der Staatsstraße am Eingang von Neu-Ullingenstein in einem mäßigen Tempo. Als das Motorrad die Einfaßt der Mollitorstraße passierte, wurde der Arbeiter König aus Ehrenstein von jungen Leuten über das Trottoir gestoßen, wobei er in das Motorrad fiel. Der Arbeiter ist am Fuß schwer verletzt. Das Motorrad hat wenig Schaden gelitten. Der Lehrer kam mit dem Schrecken davon.

**Friedrichshafen**, 3. Dez. Einbruchsdiebstahl. Ein Dieb kletterte nachmittags um 2 Uhr in ein Haus der Georgstraße ein und durchwühlte im ersten und zweiten Stockwerk, wo niemand anwesend war, sämtliche Schränke und Behälter. Er arbeitete offenbar mit Nachschlüsseln. Es sind ihm einige hundert Mark Bargeld in die Hände gefallen. Den Bewohnern des Erdgeschosses war der ganze Vorgang unbemerkt geblieben.

## Der Erbacher Prozeß

Ulm, 3. Dez. Am dritten Verhandlungstag waren die Gemeinderäte von Erbach als Zeugen geladen. Es handelte sich zunächst um einen Gemeinderatsbeschuß vom 4. April 1924, wonach dem Schultheiß Dehner Vollmacht zu Wechselgeschäften für die Gemeinde erteilt worden sein soll und der stellvertretende Schultheiß Hornung veranlaßt wurde, das Protokoll darüber zu unterschreiben. Dehner behauptet, der Gemeinderat habe der Vollmacht zugestimmt. Die Protokolle, so erklärte Dehner, seien meist erst später geschrieben worden, wenn man eben Zeit hatte. Das Protokoll vom 4. April wurde von Hornung erst am 24. September unterzeichnet. Hornung wurde mit Auto vom Feld geholt, um rasch zu unterschreiben. Der Angeklagte Scheinle erklärte, er habe keine Bedenken gehabt, Dehner die in Frage stehende Vollmacht zu erteilen. Dehner hätte ja sofort vom Gemeinderat die Unterschriften einholen können.

nien. Gemeinderat Oberlehrer Daxler erklärte, er habe Dehner stets hochgeschätzt und ihm volles Vertrauen entgegengebracht. Während der Gemeinderatsitzungen hatte er sich immer Notizen gemacht. Diese stimmen mit dem Sitzungsprotokoll überein. Ueber Wechsel der Gemeinde sei nie gesprochen worden. Man habe den Gemeinderäten gesagt, es sei gelungen, tüchtige Verwaltungsbeamte in die Betriebe zu bekommen und das sei eine Beruhigung gewesen. Andere Gemeinderäte erklärten übereinstimmend, daß auch sie sich an einen solchen Beschluß nicht erinnern könnten. Hornung erklärte noch besonders, daß ihm oft nach Sitzungen nachts Protokolle zur Unterschrift vorgelegt worden seien, er habe dann wegen Uebermüdung die einzelnen Protokolle nicht mehr durchgesehen. Schultheißenamtsverweser Bogler erklärte, er habe den Gemeinderäten den Beschluß vorgehalten und ihnen gesagt, daß sie da etwas Dummes gemacht haben, alle hätten aber beteuert, daß sie sich an den Beschluß nicht erinnern könnten.

In der Nachmittagsitzung wurde die Ziffer 2 der Anlage behandelt. Es handelt sich darum, daß Schultheiß Dehner im Gemeinderatsprotokollbuch unterm 29. April beurkundete, daß in einer Gemeinderatsitzung an diesem Tag beschloffen wurde, den Ortsvorsteher zur Neuordnung des Betriebs der Refa mit der Uebernahme von Verpflichtungen aller Art namens der Gemeinde generell zu bevollmächtigen und zu beauftragen, obgleich an diesem Tag eine Beratung über die Angelegenheiten der Refa überhaupt nicht auf der Tagesordnung stand. Dehner sagte, er habe in jener Sitzung darauf aufmerksam gemacht, daß die Geschäftsmöglichkeiten der Refa nach wie vor gut seien, ihre Verwaltung aber sehr schlecht. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß nach der Gemeindeordnung die ganze Generalvollmacht gar nicht zulässig gewesen wäre. Dehner hat dann wenige Tage nach der Gemeinderatsitzung unter Mitteilung einer Abschrift der angeblichen Generalvollmacht der Erbacher Bank gegenüber eine Bürgschaft der Gemeinde in Höhe von 350 000 M für die von der Bank der Refa gewährten Kredite übernommen. Gemeinderat Ruf betonte, daß bei irgend einer Sitzung in jener Zeit Dehner keineswegs die Generalvollmacht bekommen habe. Dehner habe die Sache so dargestellt, daß die Gemeinde die größte Hoffnung auf die Refa haben dürfe. Dehner sei nur das Recht eingeräumt worden, Leute zu entlassen und neue einzustellen. Auch der Zeuge Anton Hafner bestritt, daß eine Generalvollmacht erteilt wurde. Er habe jede Verantwortung bezüglich dieser Geschäfte abgelehnt und geraten, den ganzen Schwindel zu vertuschen. Der Zeuge Johannes Dohs, der ebenfalls von einer Vollmacht nichts wissen wollte, betonte, man habe zu Dehner überall großes Vertrauen gehabt. Gemeinderat Hornung sagte aus, Dehner habe vor ungefähr 80 Bürgern erklärt: Wenn wir die Unternehmungen abschaffen, so ist das unser eigener Schaden.

## Lokales.

Willbad, den 4. Dezember 1929.

### Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Nach den Durchführungsvorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn hat das Finanzamt eine Erhöhung des vorgesehenen steuerfreien Lohnbetrags vorzunehmen, wenn der Arbeitnehmer nachweist, daß bei ihm besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die seine Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt oder Erziehung einschließlich Berufsausbildung der Kinder, durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, auch wenn sie nicht zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählen, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen einer als Arbeitnehmerin tätigen Witwe mit minderjährigen Kindern für den Haushalt veranlaßt worden sind.

Eine wesentliche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit ist nur gegeben, wenn bei einem Arbeitnehmer besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die ihn schwerer belasten als Arbeitnehmer mit gleichem Einkommen- und Vermögensverhältnissen und gleichem Familienstand im allgemeinen. Die Tatsache, daß das Einkommen ein niedriges ist, vermag für sich allein noch keinen Anspruch auf Erhöhung des vorgesehenen steuerfreien Lohnbetrags zu begründen. Ebensovienig vermag die Verpflichtung zum Unterhalt und zur Erziehung von Kindern auch bei größerer Kinderzahl für sich allein eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags nach Abs. 1 zu begründen, da diese Verpflichtung für den Regelfall bereits durch die nach § 7 Abs. 2 steuerfrei bleibenden Beträge berücksichtigt ist; eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags nach Abs. 1 kann daher nur erfolgen, wenn die Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder außergewöhnlich hoch ist.

Auf Antrag hat das Finanzamt eine Erhöhung des vorgesehenen Pauschalbetrags für Werbungskosten und Sonderleistungen vorzunehmen, wenn der Arbeitnehmer nachweist, daß die zulässigen Abzüge für Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 M. monatlich übersteigen.

Den Arbeitnehmern, welche nach den vorgenannten Bestimmungen zur Stellung von Anträgen berechtigt sind, wird empfohlen, ihre Anträge für das Jahr 1930 unverzüglich und noch im Laufe dieses Monats zu stellen, damit die zustehenden Steuer-Ermäßigungen mit der ersten Lohn- oder Gehaltszahlung im neuen Jahre in Kraft treten können.

Kriegsbeschädigte Arbeitnehmer haben den neuesten Rentenbescheid vorzulegen und es können sämtliche Anträge auch bei der Gemeindebehörde eingereicht werden, welche die Vorlage an das Finanzamt vermittelt.

Baudarlehen der Zwecksparkasse des Bau- und Wirtschaftsbundes e. V. Pforzheim. Wie wir aus dem Geschäftsanzeiger in Edenkoben vom 30. November 1929 ersehen, wurden Baudarlehen der Zwecksparkasse des Bau- und Wirtschaftsbundes e. V. Pforzheim nach 3 1/2 monatlicher Mitgliedschaft dem Mitglied Josef Dörner in Edenkoben RM. 5000.— und dem Mitglied Willi Renner in Fretmersheim RM. 10000.— ausgeliefert.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

70. Geburtstag. In Baden-Baden konnte der bekannte Forscher der Badener Quellen, Altstadtrat Dr. Oskar Köhler seit Oktober 1887 Besitzer der Hofapotheke, am Sonntag seinen 70. Geburtstag feiern. Im Jahr 1901 entdeckte er die Radiumquelle im Steinwäldchen. Von der Deutschen Bunsengesellschaft wurde ihm die Bunsenmedaille verliehen.

Ein Deutscher soll türkische Gefängnisse reformieren. Der Vorsitzende des Breslauer Strafvollzugsamts, Humann, hat von der türkischen Regierung den Auftrag erhalten, von Angora aus das Gefängniswesen und den Strafvollzug in der Türkei zu reformieren und zu organisieren.

40 Nobelpreise für Deutschland. Durch die Auszeichnung des Münchner Dichters Thomas Mann mit dem Nobelpreis sind bisher 40 dieser Auszeichnungen, die für Kunst und Wissenschaft verliehen werden, an Deutschland gefallen, womit dieses Land an der Spitze aller Völker steht; Frankreich folgt mit 23 Preisen an zweiter Stelle. Auf Chemie entfielen 13, auf Physik 11, auf Medizin 7, den Friedenspreis erhielten 4 und den Literaturpreis 5 Deutsche.

Ohne „sentimentalen Pazifismus“. Verschiedene Londoner Blätter berichten über das Festmahl der britischen Ostafrikakämpfer, es sei erfreulich, daß diese Feier im Gegensatz zu der Versammlung der britischen Völkerbundsliga in Reading sich von jedem „sentimentalen Pazifismus“ ferngehalten habe. Der deutsche General v. Lettow-Vorbeck habe gesprochen wie ein ehrlicher tapferer Soldat.

Fehlbetrag der Heidelberger Festspiele. Nach amtlicher Mitteilung beträgt der Fehlbetrag der Heidelberger Festspiele in den letzten vier Jahren zusammen 170 000 M. Zur Deckung wird die Stadt — ohne die bisherigen jährlichen Zuschüsse — etwa 75 000 M. beisteuern, aus freiwilligen Spenden sind bis jetzt 43 000 M. eingebracht. In einer öffentlichen Versammlung wurde dagegen Einspruch erhoben, daß die Stadt zu eng sich mit den Festspielen verbinde; es solle regelmäßig ein Voranschlag gemacht werden, der genau eingehalten werden müsse.

Zwei Mensurkoden ausgehoben. Die Münchener Polizei hat mit einem starken Aufgebot den Mensurkoden der Angehörigen des Rudolfsstädter SC., die ihr Lokal im Kreuzbräu an der Brunnstraße hatten, ausgehoben. In gleicher Weise wurde gegen Angehörige des Raumburger SC. im Münchener Waffenting, die im Urzberger Keller ihr Mensuren ausfochten, vorgegangen. Die Namen der auf den Festböden anwesenden wurden polizeilich festgestellt und das Festzeug beschlagnahmt.

Amisenthhebung eines Landrats. Gegen den Landrat des Kreises Warburg, Schönheld, ist nach der V. Z. wegen Betrugs zugunsten von Eltern, deren Kinder in Kinderheime verschickt werden sollten, beim Landgericht ein Strafverfahren eröffnet worden. Der Landrat wurde vorläufig seines Postens enthoben. Schönheld hat Fahrpreisermäßigungen auch Kindern bzw. Eltern durch unrichtige Zeugnisse verschafft, die hiezu nicht berechtigt waren.

Von der Lokomotive getötet. Im Bahnhof Raftatt (Baden) wurde der verheiratete Verschiebearbeiter Florian Müller von Detighelm von einer Lokomotive erfaßt und zu Boden geworfen. Er erlitt schwere innere Verletzungen, denen er nach wenigen Stunden erlag.

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck. Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS.

Klar und überzeugend bekundet seine Meinung über

den positiven Genuss des Rauchens

Von diesem Schreibfisch aus trafele schon mein Grosvater die Firma. Schwer lastet die Verantwortung auf mir und stets greife ich zu den Cigaretten ausgeglichener Geschmackswirkung, um die ruhige Sicherheit meiner Geschäftsdiskussionen zu finden.

So schafft den positiven Genuss

**KURMARK**  
die Cigarette der neuen Epoche!

Alle Repräsentationspackung für Gesellsch. und Feiern, den Rauch- und Schreibfisch fordern Sie. **KURMARK-PRIVATPACKUNG.** (ohne Preisauflage).

